

Luis Gómez Calcaño

Die Zivilgesellschaft: zwischen Korporatismus und Antipolitik¹

1. Einführung

Im vorliegenden Kapitel geht es um die Rolle einiger Akteure der venezolanischen Zivilgesellschaft in der gegenwärtigen konfliktgeladenen, gesellschaftspolitischen Übergangsphase. Dazu muss die gesellschaftspolitische Entwicklung betrachtet werden, an der diese Akteure beteiligt waren und die nicht nur deren naturgegebene Differenzen aufzeigt, sondern auch widerstreitende Begriffe von Zivilgesellschaft, wie sie in den tiefgreifenden politischen Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit unvermeidlich sind. Anstelle eines geordneten Handlungsrahmens, in dem jeder Akteur seine Grenzen kennt und mittels stabiler Institutionen agiert, schafft der Übergang hybride und oft kurzlebige Akteure, bei denen sich die Grenzen zwischen sozialer Bewegung, Interessengruppe und politischer Organisation verwischen. Manche treten in den radikalen Widerstand gegen den Staat, andere wiederum hängen von ihm ab. Sie distanzieren sich ausdrücklich von den Parteien, schließen aber auch gefährliche Bündnisse mit ihnen; sie sind stolz auf ihr ziviles Selbstverständnis, aber unverständlicherweise auch fasziniert von den Militärs, also wenig gefestigte Akteure mit fließenden Identitäten, vergleichbar mit den Institutionen in der derzeitigen Übergangsphase.

Das Wort "Zivilgesellschaft" ist heute Bestandteil des politischen Vokabulars, sowohl in konsolidierten als auch in instabilen Demokratien der Dritten Welt. In den Ersteren stehen die von ihm bezeichnete Realität und deren Relevanz nicht zur Diskussion, vielmehr wird ihnen dort ein eigener Bereich in der gesellschaftlichen, institutionellen und politischen Organisation der Gesellschaft eingeräumt. In den Letzteren ist das nicht der Fall, dort bezweifelt man sogar ihre Existenz unter Berufung auf die Schwäche der wirt-

1 Dieser Beitrag basiert auf den Ergebnissen des Forschungsprojekts "Neubestimmung der Demokratie und des Staatsbürgers in Venezuela: neue Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft", mitfinanziert durch FONACIT (Nr. S1-2002000420). An der ersten Fassung, die auf dem LASA-Kongress 2007 in Montreal präsentiert wurde, hat Andreina Rodríguez Martín mitgewirkt.

schaftlichen, politischen und rechtlichen Strukturen, die die Selbstorganisation absichern könnten. Oder man verweist auf die Übermacht des Staates und der politischen Akteure, die in den Handlungsraum der Zivilgesellschaft eindringen und ihn verzerren.

Der Begriff "Zivilgesellschaft" kann in verschiedener Hinsicht mit dem des Staatsbürgertums verknüpft werden: Erstens braucht die Zivilgesellschaft einen rechtlich-politischen Rahmen, der die Legitimität ihres Spielraums und ihrer Aktionsformen anerkennt. Zweitens ist die Forderung nach Anerkennung ihres Existenzrechts gleichzeitig die beste Voraussetzung für die Entwicklung von Institutionen und Kern für die Herausbildung kollektiver Akteure, die oft in nicht institutionalisierter Form als soziale Bewegungen entstehen (Cohen/Arato 1992: 421-491; Blaney/Pasha 1993; Arbós/Giner 1993: 21-29; Gellner 1996: 13-22). Während manche Akteure nach Erreichung ihrer Ziele von der Bühne abtreten, werden andere im Zuge ihrer Institutionalisierung Teile der Zivilgesellschaft und versuchen, ihr Selbstverständnis durch Unterstützung neuer Forderungen zu erweitern, während wieder andere sich in der Grauzone zwischen Zivil- und politischer Gesellschaft ansiedeln und dabei ihr Selbstverständnis aufs Spiel setzen, aber dabei ihren Einfluss über die institutionellen Grenzen hinaus geltend machen können (Gómez Calcaño 1995: 149-151).

In Venezuela kam das Thema "Zivilgesellschaft" im Zuge der Legitimitätskrise der politischen Institutionen seit den achtziger Jahren und der wachsenden Anti-Parteien-Stimmung auf; man forderte eine direkte Beteiligung der Bürger anstelle der – wie es hieß – ausschließenden und daher antidemokratischen Vermittlung durch die politischen Parteien (Grupo Roraima 1987). Manche Beobachter erkannten zwar das Demokratisierungspotenzial der zivilgesellschaftlichen Akteure, unterstrichen aber, dass die Interessen und die ideologische Orientierung dieser Akteure nicht einheitlich waren oder gar Widersprüche bestanden und dass die Zugehörigkeit zur Zivilgesellschaft nicht die demokratische Qualität eines Akteurs bedeutete (Uribe/Lander 1988; Lander 1995; Gómez Calcaño 1995; García Guadilla/Roa 1998). González de Pacheco (2002) verwies auf Spannungen in den Beziehungen zwischen den Bürgerorganisationen und der Politik, z.B. die Angst vor Infiltrierung durch die politischen Parteien und die Bereitschaft zur Beteiligung in öffentlichen Angelegenheiten, aber nicht zur Übernahme von Regierungsverantwortung. Salamanca (2003: 153) unterstreicht ebenfalls die Anti-Parteien-Haltung als Wesensmerkmal der seit den siebziger Jahren aufkommenden Zivilgesellschaft.

Auch García Guadilla (2002) beobachtet ein wachsendes Interesse der gesellschaftlichen Akteure für Mitbestimmung und Ausweitung der Bürgerrechte, das ihnen strategische Bedeutung verleiht. Sie bezeichnet diese Akteure als "soziopolitisch", weil ihre Werte und Vorstellungen sowie ihr Rang in der neuen Verfassung (Art. 249) sie im Bereich der Politik verankern. In einer späteren Arbeit (García Guadilla 2003: 22-23) interpretiert sie allerdings die Einmischung einiger Organisationen in die Politik als "Übertretung".

Die genannten Beobachter konstatieren eine zunehmende Überschneidung der gesellschaftlichen und politischen Akteure bis hin zur Verwischung der Grenzen zwischen ihnen. Diese Tendenz verdient eine nähere Betrachtung, wobei sie aber nicht als Übertretung, sondern eher als eng mit den Kontextbedingungen verbundener Vorgang angesehen wird, als Antwort auf den Verfall der traditionellen Eliten und Suche nach neuen soziopolitischen Aktionsformen, die nicht in die gewohnten Schablonen des politischen Systems und der Zivilgesellschaft passen.

2. Die Legitimität der Zivilgesellschaft: Akteure oder Repräsentanten?

Vielleicht ist gerade diese Zweideutigkeit gegenüber der Politik ein Schlüssel zum Verständnis der Dynamik der venezolanischen Zivilgesellschaft in der jüngeren Zeit. Die "Mauer" zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft (González de Pacheco 2003) konnte dem stürmischen soziopolitischen Wandel nicht widerstehen. Angesichts der Offensive des Chavismus mit dem Ziel, die als Hindernisse für den Fortschritt der Revolution angesehenen Akteure zu delegitimieren, sahen sich die geschwächten Oppositionsparteien und einige gesellschaftliche Organisationen, die sich bedroht fühlten und keine politische Erfahrung hatten, gezwungen, ihre Kräfte zu bündeln und dabei auch das Misstrauen zu überwinden, das sie früher gegeneinander hegten. Trotzdem machten sie sich weitergehend die Führungspositionen streitig, verteidigten ihre eigenen Spielräume in Entscheidungen und versuchten, ihre partikularen Strategien durchzusetzen.

Die mit der Revolution sympathisierenden gesellschaftlichen Organisationen ihrerseits hatten auch immer größere Schwierigkeiten, die Trennung zwischen dem gesellschaftlichen und dem politischen Bereich zu bewahren, unter anderem weil die chavistische Bewegung nicht bereits bestehende Organisationen stärkte, sondern mit den Mitteln des Staates neue Organisationsformen schuf, die als gesellschaftspolitische Basis des Regime fungieren sollten, zusätzlich und parallel zu ihren eigenen politischen Parteien.

Diese Art der Organisation "von oben", die dem sogenannten "Staatskorporatismus" (Schmitter) nahekommt, ist kaum authentisch und zeichnet sich eher durch vertikale Führung als durch demokratische Machtausübung aus. Solange diese Organisationen jedoch vom Staat alimentiert und gefördert werden, besetzen sie auch Positionen an der Grenze zwischen Gesellschaft und Politik. Es handelt sich mithin um eine zusätzliche Variante der Überschneidung zwischen Gesellschaft und Politik, die – wie noch zu zeigen sein wird – die der Opposition nahestehenden Organisationen beeinträchtigt.

Dieses Dilemma spricht für die Hypothese, dass die "Mauer" zwischen der Zivilgesellschaft und der politischen Aktivität und sogar dem eher politischen als gesellschaftlichen Selbstverständnis nicht wieder errichtet werden kann. Das wiederum führt zu der unvermeidlichen Frage nach der Legitimität dieses Wandels und insbesondere nach der Repräsentativität der zivilgesellschaftlichen Akteure, die sie berechtigen könnte, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen und ihren Anspruch begründen könnte, bei Politiken strategischen Charakters mitzuwirken.

Im Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen den Akteuren kommt tatsächlich das Thema der Legitimität derjenigen zur Sprache, die sich als "Zivilgesellschaft", "soziale Netzwerke" oder einfach als "organisiertes Volk" präsentieren. Vor allem aus der Sicht der Anti-Globalisierungs-Bewegungen erklären theoretische Strömungen in der Ersten Welt und Lateinamerika die Existenz und Legitimität einer "Zivilgesellschaft" als naturgegebene Ableitung der vom Kapital unterdrückten Schichten (Vilas 1994). Im Fall Venezuelas ergibt sich paradoxerweise ein Rollentausch, denn jene Akteure, die sich heutzutage selbst ausdrücklich als "Zivilgesellschaft" verstehen, rekrutieren sich eher aus der Mittel- und Oberschicht. Sie gelten sowohl hinsichtlich ihres Gedankenguts als auch ihrer Aktionsformen als "Liberales", während die Anhänger eines antikapitalistischen Diskurses ihre Herkunft "aus dem Volk" betonen und den Begriff "Zivilgesellschaft" ablehnen oder mit Misstrauen betrachten.

Die Frage nach der Repräsentativität der zivilgesellschaftlichen Organisationen stellt sich im Zuge der Antiparteien- und Antipolitik-Tendenzen (nicht nur in Venezuela); es entstehen zahlreiche Aktionsgruppen oder schon vorhandene werden politisch aktiv, ohne vorher die Frage ihrer Repräsentativität geklärt zu haben. Schon aus diesem Grund können sie sich nicht auf das Kriterium der Stimmenzahl stützen.

Dieser Aspekt erschließt sich aus einer Studie von Gurza/Houtzager/Castello (2005), die gesellschaftliche Organisationen in São Paulo/Brasilien

beobachtet und dabei Kriterien zu ihrem Selbstverständnis und ihrer Rolle als Vertreter bestimmter Schichten formuliert haben.² Die Autoren konstatieren, dass die untersuchten Organisationen “repräsentativ tätig” sind.³ Das ist jedoch keine Garantie für den repräsentativen Charakter der Personen, die diese Tätigkeit ausüben, jedenfalls nicht im engeren Sinne der Repräsentation durch Wahlen. Tatsächlich sind viele Organisationen nicht aus Wahlen hervorgegangen, weshalb sie überzeugende Argumente für ihre Repräsentativität finden müssen. Die Studie unterscheidet verschiedene Formen “übernommener Repräsentation”, die klassische Argumente von Wahlvorgängen aufnehmen: Nähe, Dienstleistung, Vermittlung, Mitgliedschaft und Selbstverständnis (Gurza/Houtzager/Castello (2005: 28-31).

Ohne die Ergebnisse dieser Studie übertragen zu wollen kann man sagen, dass sie auf zwei bedeutende Erscheinungen hinweist, nämlich einerseits die Notwendigkeit, den Repräsentationsbegriff um gesellschaftspolitische Akteure zu erweitern, und andererseits die anscheinend unumkehrbare Neigung, die Grenzen zwischen der externen Einflussnahme durch die Zivilgesellschaft und der direkten politischen Aktion zu überschreiten.⁴ Die nachfolgende Analyse einiger bedeutender Organisationen der venezolanischen Zivilgesellschaft, insbesondere der “staatsbürgerlich-politischen”, soll aufzeigen, wie sie versucht haben, aus dem Dilemma zwischen politischer Beteiligung und ihrer eigenen Repräsentativität herauszukommen.

Unter “staatsbürgerlich-politisch” sollen die Organisationen verstanden werden, die sich an den Debatten über Politikformulierung beteiligen, ohne dabei ihr Selbstverständnis als Akteure der Zivilgesellschaft und nicht des

2 Die Autoren erkennen die Gefahr einer “Anhörungsdemokratie” (Manin 1998) und des Aufstiegs charismatischer Führer als Folge des Repräsentativitätsverlusts der Parteien, argumentieren aber, dass die Beteiligung an der Politikformulierung sowohl ein Ergebnis der repräsentativen Tätigkeit der gesellschaftlichen Organisation ist als auch Gelegenheit zum Aufbau neuer Repräsentationsformen bietet (Manin 1998: 6-12).

3 Sie unterscheiden vier Repräsentationstypen: 1. gegenüber der Exekutive, z.B. in Politikbeiräten und im Rahmen partizipativer Haushalte; 2. direkte Vermittlung von Forderungen gegenüber bestimmten öffentlichen Einrichtungen; 3. politische Sponsorschaft mittels traditioneller Wahlkanäle und 4. politische Sponsorschaft gegenüber der Legislative, z.B. dem Stadt- bzw. Gemeinderat (Manin 1998: 18).

4 Chalmers (2001) stellt fest, “die Organisationen der Zivilgesellschaft [...] sind auf die politische Bühne getreten”; deshalb sei es notwendig, den institutionellen Rahmen der modernen Demokratien anzupassen. Arditì (2004) vertritt eine andere Auffassung von der Zivilgesellschaft als politischer Bereich. Sogar eine Befürworterin der Trennung zwischen zivil- und politischer Gesellschaft wie Jean Cohen hat kürzlich eingestanden, dass “[...] in der neuen, globalen Zivilgesellschaft [...] die Politik des Einflussnehmens durch Formen der Machtausübung erweitert (wird)” (Cohen 2003: 452).

politischen Systems aufzugeben, d.h. sie lehnen es ab, sich um Positionen im Staatsapparat zu bewerben.⁵ Diese Art Organisation bewegt sich häufig an der Grenzlinie zwischen Zivilgesellschaft und Politik und sie neigt umso mehr dazu, sie zu überschreiten, je tiefer die Krise der Politik ist und je mehr nach Akteuren gesucht wird, die die regierenden Eliten ersetzen können. Der Bereich der staatsbürgerlich-politischen Organisationen ist aufgrund der dort agierenden Akteure sehr vielfältig. Einige blicken auf eine lange Tradition zurück, z.B. die Menschenrechtsorganisationen, während andere erst kürzlich aufgekommen sind. Andererseits bewegen sich auf diesem Feld auch Organisationen, die aus einem kommunalen, nachbarschaftlichen, bildungspolitischen oder sozialen Hintergrund stammen, sich aber der Politik zugewandt haben, weil sie sich durch den Wandel bedroht sehen oder zu ihm beitragen wollen.

3. Eine “regierungsamtliche” Zivilgesellschaft?⁶

Die alte venezolanische Tradition, Basisorganisationen staatlich zu fördern, wird auch von der derzeitigen Regierung fortgesetzt. Angesichts der charismatischen und personalistischen Führung durch Chávez kam seine Bewegung aufgrund starker Emotionen und symbolischer Identifikation, jedoch schwachem Organisationsgrad, an die Macht. Zwar sympathisierten manche Basisorganisationen mit der neuen Regierung, aber es gab kein organisatorisches Netzwerk, in dem diese Kräfte wirksam hätten koordiniert werden und die traditionellen Organisationen hätten ersetzen können. Daher wollten manche regierungsnahen Politiker von Anfang an neue Organisationen schaffen; dabei setzten sie sich über die jahrzehntealte Selbstorganisationen der städtischen Gemeinschaften hinweg, weil sie sich verpflichtet fühlten, die “Zivilgesellschaft” zu organisieren.⁷ In den ersten Regierungsjahren galt

5 Wie Taylor im Anschluss an Habermas sagt: “(Die Öffentlichkeit) [...] ist ein Raum für Diskussion, der im Selbstverständnis außerhalb der Macht liegt. Sie soll von der Macht gehört werden, ist aber selbst nicht Ausübung von Macht. Ihr in diesem Sinne außerpolitischer Status ist entscheidend” (Taylor 2004: 89).

6 Dieser Abschnitt stützt sich in Teilen auf Arenas/Gómez Calcaño (2004).

7 Im Oktober 2001 sagte z.B. der regierungsnahen Stadtrat Edgar Gaviria: “Wir befinden uns in einer Gründerphase, aber Ziel ist die Verankerung der sozialen Netzwerke (in den Bereichen Sicherheit, Gesundheit, Bildung usw.) im Gemeindegesetz. Es geht darum, die *Nachbarschaftsvereinigungen zu beseitigen* und sie durch Kommunenbeauftragte der verschiedenen Viertel zu ersetzen, die ihrerseits die sozialen Netzwerke bilden” (Aiquel 2001, Hervorhebung d.A.). Dieses Ziel mochte damals unrealistisch erscheinen, doch belegt die Beseitigung der Figur der Vereinigungen in den Gesetzen von 2006 und 2007 die Schlüssigkeit der Regierungsvorhaben.

die Aufmerksamkeit vor allem den sogenannten "Bolivarischen Kreisen", die später durch die "Sturmabteilungen Wahlen" ersetzt wurden, denen die Mobilisierung der Basis anlässlich des Abberufungsreferendums 2004 oblag. Nachdem sie diese Aufgabe erfüllt hatten, wurden sie in "Endogene Sturmabteilungen" umbenannt, unter Bezug auf das von der Regierung propagierte "endogene Entwicklungsmodell". Hawkins und Hansen (Hawkins/Hansen 2006) stellten fest, dass die bolivarischen Kreise zu jenem Zeitpunkt wirtschaftlich und organisatorisch nicht sehr stark von der Regierung abzuhängen schienen, denn viele von ihnen gründeten sich auf bereits vorhandene lokale Führungspersonlichkeiten, aber sie waren auf die charismatische Führung von Chávez fixiert, wiesen kaum eigenes organisatorisches Selbstverständnis auf und fungierten vor allem als Vermittler der klientelistischen Politiken der Regierung. Die Autoren vermuten, dass der Verfall der bolivarischen Kreise nach 2004 mit der Einrichtung der "Missionen" einherging, also den direkten assistenzialistischen Staatstransfers (Hawkins/Hansen 2006: 124-125).

Die Bedeutung der Kreise ist seit ihrer Gründung stark zurückgegangen. Andererseits sind die Grenzen zwischen dem sozialen und politischen Wesen der Kreise verwischt, denn sie erscheinen gelegentlich als Teile der Regierungspartei MVR (Bewegung Fünfte Republik) und inzwischen der Sozialistischen Einheitspartei Venezuelas, aber auch als eigenständige Organisation mit eigener Führung. Die Schwäche der bolivarischen Kreise und ihre internen Auseinandersetzungen im Jahr 2004 erklären, warum der Chavismus eine neue Organisationsform erfinden musste, nämlich die Sturmabteilungen Wahlen (*Unidades de Batalla Electoral*, UBE), die durch die Wahlstreifen ergänzt wurden, um das Abberufungsreferendum zu überstehen (Carrillo 2004). Das "Kommando Maisanta" nahm sich vor, umgehend 8.500 Sturmabteilungen Wahlen und 150.000 Wahlstreifen zu schaffen, um 1,3 Mio. Mitglieder zu mobilisieren (Botía 2004).

Im Oktober 2004 kündigte der Präsident die Umwandlung der "Sturmabteilungen Wahlen" in "Endogene Sturmabteilungen" an (Chávez 2004a; 2004b). Deren Ziel ist die Eingliederung der organisierten Gruppen in dauerhafte Strukturen mit produktiver Funktion: Sie sollen dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit abzubauen und die Grundlagen einer sozialen Wirtschaft zu schaffen. Es gab einen neuen Schub für Genossenschaftsgründungen mit Aussicht auf staatliche Finanzierung. Beide Maßnahmen waren jedoch unkoordiniert. In den Folgejahren ließen die Impulse für die Endogenen Sturmabteilungen nach, ähnlich wie zuvor bei den Bolivarischen Kreisen. Ab 2006

konzentrierte man sich auf die Förderung der Kommunalräte als politisch-territoriale Organisationen sowie auf den Aufbau der Sozialistischen Einheitspartei als politischen Apparat.

Im Bereich der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen wurde dieselbe Strategie der Schaffung staatlich geförderter und finanzierter Parallelorganisationen verfolgt. Als die regierungsnahen Kräfte bei ihrem Versuch scheiterten, den Venezolanischen Gewerkschaftsbund CTV (*Confederación de Trabajadores de Venezuela*) aufzulösen bzw. über Wahlen zu kontrollieren, gründeten sie 2002 eine parallele Gewerkschaftszentrale, den Nationalen Arbeiterverband UNT (*Unión Nacional de Trabajadores*) (siehe auch den Beitrag von Kurt-Peter Schütt in diesem Band). Aufgrund innerer Spaltungen konnte sich diese Zentrale bei den Gewerkschaftsmitgliedern nicht durchsetzen; bis zum Jahr 2007 hatten nicht einmal Vorstandswahlen stattgefunden. Allerdings wurde auch die CTV durch Parteienzank und Vernachlässigung der gewerkschaftlichen Interessenwahrung zugunsten des Kampfes gegen die Regierung geschwächt (Iranzo/Richter 2007).

Im Unternehmerbereich förderte die Regierung ebenfalls Parallelverbände, die als alternative Gesprächspartner fungieren und staatliche Finanzierung mit politischer Loyalität abgelten sollten; einige davon gingen soweit, sich als "sozialistische Unternehmer" zu bezeichnen. Die bedeutendsten Organisationen sind "Unternehmer für Venezuela" (EMPREEN, *Empresarios por Venezuela*), der Nationale Bauern- und Viehzüchterverband Venezuelas (CONFAGAN, *Confederación Nacional de Agricultores y Ganaderos de Venezuela*) und die Bolivarische Bauunternehmerkammer (*Cámara Venezolana de la Construcción*). Die enge Staatsverbindung und -abhängigkeit dieser Verbände deutet nach Arenas auf das Entstehen eines Staatskorporatismus hin, der den gesellschaftlichen Semi-Korporatismus des vorhergehenden hegemonialen Modells ersetzt (Arenas 2005: 363-365).

Auch im Jugend- und besonders im Studentenbereich hat der Staatsapparat regierungsfreundliche Organisationen initiiert; die erste war die Stiftung Jugend und Wandel,⁸ aus der dann das Nationale Jugendinstitut hervorging. Eine weitere Organisation ist der Bolivarische Studentenverband (FBE, *Federación Bolivariana de Estudiantes*), der im Juli 2002 gegründet wurde und die Studentenvertretungen an den wichtigsten Universitäten übernehmen

8 Nach kurzer Zeit wurde sie in "Junges Vaterland" umgetauft; sie beteiligte sich an der 34-tägigen Besetzung des Rektorats der Venezolanischen Zentraluniversität (UCV – *Universidad Central de Venezuela*) mit der Forderung nach einer Verfassungsgebenden Universitätsversammlung, die jedoch scheiterte (García-Guadilla 2003: 250).

sollte, bisher allerdings ohne Erfolg und mit geringer Präsenz in der Öffentlichkeit. Ein dritter Versuch war die 2003 gegründete Front Francisco de Miranda (FFM, *Frente Francisco de Miranda*), die Ausbilder der Mission Robinson schulen sollte (ein Alphabetisierungsprogramm der Regierung). Mit diesem Ziel wurden etwa 36.000 Jugendliche zu 50-tägigen Kursen in Sozialarbeit nach Kuba geschickt (Janicke 2005). Nach eigenen Angaben ist die Organisation militärisch aufgebaut; die Führung wird vom Präsidialamt bestimmt und die politische Leitung übt Chávez selbst aus (Janicke 2005). Die Organisation hat zwar Beiträge zu Sozialprogrammen geleistet, aber auch krisenhafte Phasen durchlaufen, vor allem aufgrund der Streichung wirtschaftlicher Anreize und Streitigkeiten über ihr Selbstverständnis als gesellschaftliche oder politische Vereinigung.⁹ Im Jahr 2006 gestand Präsident Chávez ein, dass die Front kriselte und versprach ihr einen bedeutenden Anteil an den kürzlich erworbenen Kalaschnikow-Gewehren, um sie in die Landesverteidigung einzugliedern.¹⁰ Durch diese Ankündigung wurde der quasi-militärische Zuschnitt der Organisation bestätigt, der sie neben der ausdrücklichen Unterordnung unter den Staatschef und der Bezahlung ihrer Mitglieder weit jenseits dessen ansiedelt, was unter dem Begriff "Zivilgesellschaft" verstanden wird.

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Chávez-Regime versucht, ein starkes Netz miteinander verbundener gesellschaftlicher Organisationen aufzubauen, die sich vollständig mit der Ideologie, dem Projekt und der Führung des Präsidenten identifizieren. Sowohl in territorialer als auch in sektoraler Hinsicht wird unter Zugriff auf umfangreiche wirtschaftliche, mediale und organisatorische Ressourcen eine Vielzahl von Verbänden aufgebaut, die das gesamte gesellschaftliche Leben mit einem parallelen Netzwerk überziehen und die bestehenden Organisationen durch andere ersetzen sollen, die die Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft verwischen.

9 Anfang 2006 bewilligte die Nationalversammlung Mittel für die Zahlung von Arbeitsstipendien vom Mai bis Dezember 2006 "an 27.000 soziale Kämpfer, die sich dem *Frente Francisco de Miranda* anschließen werden". Asamblea Nacional, "Noticias", in: <www.asambleanacional.gov.ve/ns2/noticia.sap?numn=9413> (29.07.2007).

10 Dem Präsidenten zufolge hat die Organisation 15.000 Mitglieder, die in Kuba ausgebildet wurden. "Vor kurzem kamen 5.000 (Jugendliche) zurück und derzeit halten sich dort über 5.000 auf, die im August zurückerwartet werden, und im selben Monat fahren weitere 5.000 dorthin (Kuba)". (AAS: "Präsident Chávez verteilt 15.000 russische Gewehre an Jugendliche der regierungseigenen Front". AFP, in: <www.globovisión.com/news.php?nid=31796> (29.06.2006).

4. Die Demokratische Koordination

Für das Eingreifen der Zivilgesellschaft in die Politik war ein Akteur beispielgebend, nämlich die Demokratische Koordination (DK), ein Versuch der Koexistenz und Absprache zwischen den Oppositionsparteien und einer großen und vielgestaltigen Sammlung gesellschaftlicher Organisationen vom Arbeitgeberverband über die Gewerkschaftszentrale CTV bis hin zu kleinen, bürgerlich-politischen Aktionsgruppen (González de Pacheco 2003). Die DK sollte der neue Bezugspunkt einer Politik sein, die den Zusammenhalt der verschiedenen Oppositionsgruppen und -tendenzen sicherte mit der Neuierung, dass die Parteien akzeptierten, einen Teil ihrer Aufgaben mit gesellschaftlichen Organisationen zu diskutieren und zu teilen. Nach dem gescheiterten Generalstreik 2002-2003 konzentrierte die DK ihre Arbeit auf die Herbeiführung einer Volksabstimmung zur Abberufung des Präsidenten, die nach unzähligen Verzögerungsmanövern mit einem Sieg von Chávez endete, der von der Opposition angezweifelt, aber von internationalen Beobachtern bestätigt wurde. Der Weg zur Volksabstimmung war dadurch gekennzeichnet, dass die Parteien die Entscheidungen der DK immer stärker beeinflussten und schließlich in der Öffentlichkeit im Vordergrund standen. Die gesellschaftlichen Organisationen in ihrer bunten Vielfalt überließen die Bühne den Politikern und erkannten damit die unersetzliche Arbeit der Parteiapparate für die Mobilisierung an, die beim Kampf um die Volksabstimmung erforderlich war. In den darauffolgenden Monaten musste die DK sich der widersprüchlichen Aufgabe stellen, ihre Vorwürfe der Wahlfälschung aufrechtzuerhalten und gleichzeitig die oppositionelle Wählerschaft für die Regionalwahlen vom 31. Oktober zu begeistern. Zwischenzeitlich kehrten sowohl zahlreiche Parteien und Politiker als auch gesellschaftliche Organisationen der DK den Rücken. Manche gesellschaftlichen Sprecher versuchten, aus der Niederlage Lehren zu ziehen und forderten eine Trennung der parteipolitischen und zivilgesellschaftlichen Teile der DK (Palacios 2004; Méndez 2004). So endete eine Koordinationserfahrung zwischen Parteien und Zivilgesellschaft zumindest für eine Reihe ihrer Sprecher mit Vorschlägen eines Rückzugs in den gesellschaftlichen Bereich. Das Bemühen der Parteien, ihre Funktion der Interessenwahrnehmung der Bürger zu erfüllen, führte zu enttäuschten Erwartungen und verspielte damit einmal mehr das Vertrauen der Bevölkerung.

5. Der “Fall” Súmate: von technischer Beratung zur Repräsentation

Der Verein “Súmate” erschien Mitte 2002 auf der öffentlichen Bühne. Seine Mitglieder sind politisch bis dahin nicht aktive Fachleute und leitende Angestellte aus der Wirtschaft, die die Ausübung politischer Rechte und insbesondere die Transparenz von Wahlen fördern wollen. Als die DK ihre erste, systematische Unterschriftensammlung plante, wurde “Súmate” mit der Prüfung der Anzahl und Echtheit der eingesammelten Unterschriften betraut. Die Organisation erwarb sich von Anfang an das Vertrauen der Opposition und wurde so zur Keimzelle einer parallelen Wahlbehörde. Zur Überprüfung der im November 2002 übergebenen Unterschriften wurde “Súmate” von etwa 1.000 Freiwilligen unterstützt (Morillo 2002). In jener Zeit festigte sich aufgrund der mit der Prüfung der Unterschriften erbrachten Leistung die zunächst noch unauffällige, aber entscheidende Rolle von “Súmate” als “technischer” Garant des Wählerwillens.

“Súmate” begnügte sich jedoch nicht damit, die DK zu beraten, sondern führte auch eine externe Überprüfung des Wählerverzeichnisses durch (Martínez 2003). Direkte Angriffe der Regierungsseite auf “Súmate” folgten auf dem Fuß; dem Verein wurde vorgeworfen, er spiele sich zum Schiedsrichter für Wahlen auf und hätte obskure Geldquellen (Hernández 2003). Da die Regierung “Súmate” als nicht repräsentativ und damit illegal ansah, versuchte die Organisation ihr Selbstverständnis zu skizzieren:

Der Nationale Wahlrat (*Consejo Nacional Electoral*, CNE) sagt, “Súmate” könne die Bürger nicht vertreten. Wir sind keine Vertreter der Bürger, sondern wir sind Bürger. Und als Bürger haben wir die Zivilgesellschaft bei der kürzlichen Unterschriftensammlung unterstützt. Als Bürger und mit den Bürgern werden wir am kommenden 5. Oktober erneut Unterschriften sammeln (Alonso 2003).

Auf diese Weise unterstrich man die Verbindung zwischen Selbstverständnis und Leistung mit den Bürgern, die als “übernommene Repräsentation” auf festerem Boden stand als die formale durch Wahlen. Die Organisation unterstützte auch die erneute Unterschriftensammlung und -prüfung für die Volksabstimmung. Das erhöhte ihren Bekanntheitsgrad in den Reihen der Opposition und auch die Zahl der Freiwilligen (De Vincenzo 2004a; 2004b).

Die Regierung verstärkte ihre Angriffe gegen die Organisation (Rojas 2003; Álvarez 2004). Einer der Stoßkeile richtete sich darauf, das Selbstverständnis von “Súmate” als Verein zu diskreditieren: So wurde die Organisation als Partei dargestellt, die unter der Maske eines Vereins auftrat, aber auch als “Unternehmen”. Beide Bezeichnungen rechneten sie der Zivilgesellschaft artfremden Bereichen zu, die sich an der Logik der Macht- oder

Geldvermehrung orientieren. Weitere Angriffe galten der Tatsache, dass die Organisation zur Durchführung ihrer Arbeit Mittel aus dem Ausland erhalten hatte; damit begann eine Kampagne, wie man sie auch von anderen autoritären Regierungen kennt: Diffamierung von Dissidenten als Knechte des Auslands.¹¹ Im Jahr 2004 wurden zwei Vorstandsmitglieder von “Súmate” wegen “Verschwörung zur Zerstörung der republikanischen Regierungsform, die sich die Nation gegeben hat” beschuldigt, eine Straftat, die mit Gefängnis zwischen 8 und 16 Jahren belegt ist (Alonso 2004). Später wurden zwei weitere Vorstandsmitglieder wegen Beihilfe zu ebendieser Straftat beschuldigt.¹² So werden die Organisation und ihre Aktionen stigmatisiert.

Das Verfahren, das zum Abberufungsreferendum führte, wurde von “Súmate” kritisch begleitet; die Organisation bemängelte Unregelmäßigkeiten im Wählerverzeichnis und meldete Zweifel am Ergebnis an, ohne jedoch einen ausdrücklichen Fälschungsvorwurf auszusprechen (“Súmate” 2004a). Obwohl “Súmate” die DK während des gesamten Verlaufs des Verfahrens begleitete, schloss sie sich ihr nicht an und behielt ihren Charakter als externe Beratungsinstanz bei. Im März 2005 änderte die Organisation ihr Selbstverständnis und wandelte sich in der Folge des von ihr veranstalteten Nationalen Treffens der Bürgerorganisationen (“Declaración de Súmate” 2005) von einer technischen Beratungsinstanz zu einer “nationalen Bürgerbewegung” (Medina 2005). In einem weiteren Schritt des Wandels nutzte sie ihre Mobilisierungskapazität für den riskanten Aufruf an verstreute, heterogene und sogar rivalisierende Organisationen mit dem Ziel, ein Netzwerk oder eine Gruppierung zweiten Grades zu schaffen (“Súmate convoca al Encuentro Nacional de Organizaciones Ciudadanas” 2005). Auf dem Treffen wurde die Gründung eines Kongresses der Bürgerorganisationen vorgeschlagen, der sich aus “Abgeordneten” der Basisgruppen in jedem Bundesstaat zusammensetzen sollte (Martínez 2005).

Hier tritt wieder die Spannung auf zwischen der “übernommenen Repräsentation” der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Schwierigkeit,

11 “Súmate” verschwieg keineswegs, dass die Organisation vom *National Endowment for Democracy* den Betrag von US\$ 31.120 zur Durchführung von staatsbürgerlichen Bildungsprogrammen erhalten hatte; im Jahr 2005 erhielt sie zusätzliche Mittel. Damit unterstrich sie den öffentlichen und legalen Charakter der Förderung und ihrer Verwendung (“Súmate” 2004b). Die Diffamierung von “Súmate” als “Agent des Imperiums” wurde noch verschärft, als Präsident Bush im Mai 2005 der Vorsitzenden eine lange und medienwirksame Audienz gewährte.

12 Das Verfahren dümpelt vor sich hin – neben vielen anderen, ohne dass es bisher zu einer Verurteilung gekommen wäre.

dieses Verständnis aus Wahlmechanismen abzuleiten, und sie nimmt noch zu, wenn eine Organisation als “Kongress” und ihre Mitglieder als “Abgeordnete” bezeichnet werden. Das Vorhaben, eine nationale Organisation mit einer ehrgeizigen politischen Agenda zu schaffen, war ein weiterer Schritt im Rahmen eines strategischen Projekts: “Súmate” nutzte sein bei Wahlen gebildetes politisches Kapital und die Enttäuschung der Bürger angesichts des Scheiterns der DK, um sein Selbstverständnis und seinen politischen Spielraum zu erweitern.

Die für “Súmate” gegen Ende 2005 eröffneten Wachstumsaussichten erfüllten sich jedoch nicht. Die Initiative des “Bundeskongresses der Bürgerorganisationen” trat mit dem Nahen des Präsidentschaftswahlkampfs 2006 in den Hintergrund. In der Diskussion um das am besten geeignete Verfahren zur Wahl eines Einheitskandidaten der Opposition fiel “Súmate” mit dem Vorschlag von Primärwahlen durch; die Kandidaten mit den besten Aussichten einigten sich auf eine Entscheidung durch Umfragen. Die Tatsache, dass diese drei Kandidaten sämtlich von Parteien aufgestellte Politprofis waren und dass sie ihre Absprache ohne Mitwirkung der Basis trafen, verwies – ähnlich wie im Fall der gescheiterten DK – auf eine Rückkehr zur “normalen Politik”, in der die Akteure in die Bereiche zurückfanden, aus denen sie stammten.

In der kurzen Spanne von drei Jahren hatte “Súmate” einen tiefgreifenden Wandel durchlaufen, der sie vor das Dilemma vieler anderer Organisationen stellte: Wo endet die Zivilgesellschaft, wo fängt die politische Gesellschaft an? Wandelt sie sich zur Partei, wie manche kritisieren, oder ist sie ein weiteres Beispiel jener hybriden Organisationen, die zur Wahrung ihres Einflusses und ihres Rufes diese Form meiden? Eher scheint sie die Aufweichung der Grenzen zwischen Gesellschaft und Politik zu bestätigen, die trotz der Beobachtungen im Wahljahr 2006 unumkehrbar erscheint.

6. Die Studentenbewegung, ein unerwarteter Akteur

Wie bereits erwähnt, versuchte die Regierung seit einigen Jahren, Jugendorganisationen zu gründen, die sich mit dem “Prozess des Wandels” identifizieren, allerdings ohne nennenswerten Erfolg. Im Gegenzug versuchten die politischen und bürgerlichen Organisationen der Regimegegner ebenfalls, die Jugend und die Studenten für sich zu mobilisieren. Jedoch war diesem Bemühen außerhalb der Universitäten auch kein großer Erfolg beschieden. Zwar stand der Großteil der Studentenvertretungen der bedeutendsten Universitäten der Opposition nahe, aber es war immer wieder von der scheinba-

ren „Apathie“ der Jugend die Rede, wenn es um Politik im Allgemeinen ging, jenseits des engeren universitären Bereichs.¹³ Eine Ausnahme war die im April 2006 in einer Allee von Caracas veranstaltete Demonstration „Liegen fürs Leben“, als Protest gegen die Unsicherheit und Gewalt.¹⁴ Die Protestaktion hatten vor allem die Fürsprecher der Studentenorganisationen der bedeutendsten Universitäten organisiert. Im Mai 2006 kam es wegen der Aussetzung der Wahlen zur Studentenvertretung an der Andenuniversität zu Unruhen und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen regierungsnahen und oppositionellen Studenten. Außerhalb der politischen Beteiligung im engeren Sinne sind Studentenproteste ebenso häufig wie die anderer Gruppen; es geht dabei meistens um die Verbesserung der Studienbedingungen, insbesondere der Beförderungsmittel.

Eine neuere Jugendstudie (Bigio 2005) konzentriert sich auf zwei Typen von Jugendorganisationen: Die der Studenten und die der Jugendlichen in den unteren Bevölkerungsschichten. Es stellten sich zwar einige Gemeinsamkeiten heraus, aber die Studentenorganisationen richteten sich mehr auf

[...] die Suche nach dem Sinn des Lebens in einer leeren Umgebung; sie erscheinen eher zurückgezogen auf einen zeitgenössischen Individualismus. Bei den Jugendlichen in den örtlichen Gemeinschaften hingegen überwog das Kümern um den Anderen, die Suche nach Alternativen angesichts des alltäglichen Mangels, die Lösung von Problemen, der Wunsch nach Anerkennung und die soziale Frage (Bigio 2005: 280).

Neben diesen Unterschieden gab es aber auch Gemeinsamkeiten:

Die Jugendlichen kritisieren die bestehende politische Polarisierung und sehen sie als Hindernis für ihre Initiativen. Sie hegen tiefstes Misstrauen gegenüber populistischer und klientelistischer Politik, und das erschwert Regierungsmaßnahmen mit dem Ziel der Gründung von Jugendorganisationen. Hervorzuheben ist die Schwierigkeit beider Gruppen, dem öffentlichen Auftreten von Jugendbewegungen Sinn abzugewinnen oder es zu verstehen. In beiden Gruppen verwiesen die Antworten auf ihre eigenen Organisationen (Bigio 2005: 280).

Im Folgenden werden wir sehen, wie einige dieser Merkmale sich in den Aktionen der Studentenbewegung manifestierten, die im April 2007 begannen.

Die belasteten Beziehungen zwischen der Regierung Chávez und den privaten Massenmedien sind hinreichend bekannt. Gegenseitige Beschuldi-

13 Amtlichen Daten zufolge waren 47% der Bevölkerung zwischen 18 und 25 Jahren nicht im Wählerverzeichnis für die Präsidentschaftswahlen 2006 eingetragen (Díaz 2006).

14 Auslöser des Protests war die Ermordung von vier Menschen, die im März in Caracas entführt worden waren; drei der Opfer waren Jugendliche.

gungen sind Teil der ständigen Auseinandersetzungen in der Politik Venezuelas, sogar schon vor seiner Wahl zum Staatspräsidenten. Diese konfliktgeladene Beziehung erreichte ihren Höhepunkt in den Tagen um den 11. April 2002, denn die privaten Medien spielten aus ihrer Sicht eine Schlüsselrolle bei der Mobilisierung, die zu den Ereignissen vom 11. April führten, und bei dem vergeblichen Bemühen, die Proteste gegen den Putsch zu ignorieren.¹⁵ Seit diesem Zeitpunkt und ganz besonders seit der politischen Entwicklung, die den Streik von 2002 und 2003 beinhaltete und ihren Höhepunkt mit dem Abberufungsreferendum 2004 erreichte, galten die privaten Medien für die Regierung nach wie vor als Putschisten. Aber sowohl die Regierung als auch einige Medienunternehmer lenkten ein und das schlug sich in Programmänderungen nieder: Meinungssendungen verschwanden, kontroverse Themen wurden gemieden und manche Nachrichtensendungen waren nunmehr um "ausgeglichene" Meldungen bemüht. Paradoxerweise wurden die als "Puttschisten" verschrienen Medien – die Pro-Chávez-Proteste nicht übertragen hatten – nunmehr dafür belohnt, dass sie Proteste, Straftaten oder sonstige soziale Probleme verschleierte, die für die Regierung ärgerlich waren. Es gab aber auch Medien wie "Radio Caracas Televisión" (RCTV) und "Globovisión", die dieser Linie nicht folgten; sie kritisierten weiterhin die Politik der Regierung. Gegen Ende 2006 nutzte Chávez den Auslauf einiger Fernsehfrequenz-Lizenzen im Mai 2007, um anzukündigen, dass die Lizenz von RCTV nicht erneuert würde (Carrillo 2006).

Die Proteste gegen diese Absicht beschränkten sich anfangs auf die üblichen Oppositionsgruppen, nämlich die Parteien und Organisationen, die sich an der DK beteiligt hatten. Aber auch die Studenten bereiteten Mobilisierungen vor; am 25. Mai traten sie erstmals an die Öffentlichkeit mit einer Protestaktion gegen das Staatsfernsehen "Venezolana de Televisión". Es beteiligten sich Studenten staatlicher und privater Universitäten und sie forderten Medienpluralismus, Wahlfreiheit und Meinungsfreiheit (Cárquez/Mayorca 2007).

Mit dem Näherrücken der Schließung des Kanals am 27. Mai verstärkten zahlreiche Gruppen ihre Mobilisierung, darunter Journalisten, Zuschauer und bei Medien arbeitendes Personal. Am Abend des 27. Mai gab es eine Demonstration vor dem Sitz der Regulierungsagentur für Telekommunikation –

15 Gemeint sind die Massenproteste gegen die Regierung Chávez, die von Teilen der Medien orchestriert wurden und die zum misslungenen Putsch vom 11. April 2002 führten (Anm. Andreas Boeckh).

CONATEL – und eine Mahnwache am Sitz des Kanals RCTV; in beiden Fällen kam es zu kurzen Scharmützeln mit der Polizei.

Am 28. Mai schließlich entlud sich der Protest der Studenten, der sich dann fast über den gesamten Juni erstreckte und mit verschiedenartigen Akteuren und Taktiken alle möglichen Gestaltungsräume und Landstriche erfasste. Es blieb der Eindruck, dass sich auf der Bühne der gesellschaftspolitischen Akteure Venezuelas ein bedeutender Wandel vollzogen hatte.

Im Juni stand die Studentenbewegung mit ihren Massendemonstrationen vor dem Obersten Gericht und der Generalstaatsanwaltschaft im Mittelpunkt des Interesses, sowohl bei Befürwortern wie bei Gegnern. Hauptthema ihres Protests war die Verteidigung der demokratischen Rechte, insbesondere der Meinungsfreiheit. Die Nationalversammlung wollte ein Gegengewicht gegen die Bewegung schaffen und lud sie ein, ihren Standpunkt vor dem Plenum zu vertreten, hielt aber gleichzeitig ohne vorherige Absprache ein Aufgebot regimetreuer Studenten bereit, die mit ihnen diskutieren sollten; die ersteren trugen ihr Anliegen vor und verließen dann das Plenum. Die Bewegung beschränkte sich nicht auf Massendemonstrationen, sondern inszenierte auch „Mikroevents“, um in engen, begrenzten Umgebungen wie Straßen und Plätzen Aufmerksamkeit zu erregen (Castillo 2007).

Gegen Ende Juni ließen die Proteste nach und es begann eine Phase der Konzentration auf organisatorische Fragen sowie mittel- und langfristige Planungen zur Konsolidierung der Bewegung. Die Erfahrung der Studentenbewegung mit ihren Erfolgen und Fehlschlägen hat Themen auf die Tagesordnung gebracht, die die politische Debatte im heutigen Venezuela bereichern.

Die Erläuterungen eines der Anführer der Mobilisierung geben Aufschluss über einige ihrer wichtigsten Themen:

Ich möchte betonen, dass es nicht unser Ziel ist, Chávez zu stürzen. Wir Studenten haben in den letzten Jahren gelernt, dass es keine sofortigen Lösungen gibt. Unser Wahlspruch kann nicht sein „Chávez, hau ab“. [...] Aber wenigstens ein Ziel, nämlich als Bewegung gehört zu werden, haben wir erreicht. Und das ist ein Sieg [...] denn so fängt man an: man spricht. – Wie stellen Sie sich das Land von morgen vor, als Demokratie oder als Diktatur? – Das ist eine Art mittelalterliche Schlacht: Man muss einen Schild mit sich führen, der Widerstand symbolisiert. Die Regierung schlägt auf Dich ein und der Schild schützt Dich, nur das. Das heißt: Eine Demonstration stürzt keine Regierung, aber sie bremst sie. Du brauchst den Schild, um den Schlägen der Regierung zu widerstehen. Dabei schärfst Du gleichzeitig Dein Schwert, mit dem Du den letzten Schlag versetzt, den letzten Schlag durch Wahlen. Wir müssen Widerstand leisten und uns gleichzeitig vorbereiten, um in den nächsten Wahlen die Regierung zu schlagen. Wir müssen gewaltlos widerstehen, denn mit Waffen können wir nicht

gewinnen. Deshalb bekenne ich mich klar zur Gewaltlosigkeit. Ich habe keine Waffen und bin nicht bereit, jemanden zu töten (Freddy Guevara, Studentenfürer der Universidad Católica Andrés Bello/UCAB, in Bastidas 2007.)

Schließlich stellt sich bei dieser Studentenbewegung auch die Frage nach ihrer Repräsentation: Die Mehrzahl ihrer Anführer gehören den Studentenvertretungen der Universitäten an. In dieser Hinsicht können sie auf Repräsentation durch Wahlen verweisen, die solideste Form aus konventioneller Sicht.¹⁶ Nun gehen aber diese Mobilisierungen über den Rahmen der Studentenvertretungen hinaus und reihen sich eher in die Tradition der Studentenbewegungen des Landes und der Region ein, die sich immer auf die nationale Politik gerichtet hat. So wurde, wie schon zu anderen Zeiten, die Legitimität der Bewegung in Frage gestellt; die Studenten wurden als privilegierte Eliten dargestellt, deren Vorhaben und Weltanschauung im Gegensatz zum "Volk" stünden. Solcher Art Anfeindungen, die man früher von den Regierungen der AD und COPEI gegen fortschrittliche Studentenbewegungen gewöhnt war, gehen heute von der Regierung Chávez aus.

Angesichts dieser Angriffe berief die Führung der Bewegung das "Venezolanische Jugend- und Studentenparlament" ein, das im August und September zusammentrat, um eine Vertretung zu wählen, die alle Beteiligten repräsentierte. Dabei ist klar, dass die Delegierten des Parlaments nicht für dieses Mandat gewählt worden waren, obwohl die meisten den jeweiligen Studentenvertretungen angehörten. Es wurde wiederum deutlich, dass die Frage der Repräsentation eine soziale Bewegung dazu zwang, institutionalisierte Form anzunehmen, um sich den Mantel der Repräsentation durch Wahlen umzuhängen.

Die wohl bedeutendste Aktion der Bewegung nach der Institutionalisierung war die Debatte darüber, ob man sich in der Volksabstimmung über eine Verfassungsreform engagieren sollte, die der Präsident für den 2. Dezember einberufen hatte. Mit großer Verspätung – die Entscheidung wurde erst am 21. November bekannt gemacht – kündigte die Bewegung ihre Bereitschaft zum Engagement für die Ablehnung der Reform an und widersetzte sich damit der Enthaltungstendenz, die von einigen oppositionellen und Studentengruppen vertreten wurde. Zahlreiche Studenten stellten sich am Wahltag als Helfer zur Überwachung der Abstimmung zur Verfügung.

16 Diese Form der Repräsentativität wurde bei den Wahlen der Studentenvertretungen im November 2007 bestätigt: In den wichtigsten Universitäten gewannen die Anführer der Bewegung mit großem Vorsprung.

Dem Elite-Argument setzten einige Anführer den klassenübergreifenden Charakter der Bewegung entgegen und bemühten sich um Kontakte zur Unterschicht. Es wäre jedoch verfrüht, eine Aussage darüber zu machen, ob diese beginnende Bewegung die Fähigkeit besitzt, sich mit anderen Akteuren zu verbünden und ihren Kampf um Bürgerrechte politisch und sozial umfassender zu gestalten.

Die Vielgestaltigkeit und Breite der Mobilisierung, die sich über die gesamte zweite Hälfte des Jahres 2007 erstreckte, entzieht sich einer detaillierten Beschreibung, jedoch kann man einige ihrer Charakterzüge herausstellen:

- Die Mobilisierung war für nahezu alle Akteure in Regierung und Opposition unerwartet und überraschend.
- Obwohl sie sich frontal einer Regierungsmaßnahme widersetzte, wurde versucht, einen direkten Zusammenhang mit den Akteuren und Parolen der traditionellen Opposition zu vermeiden. Ziel war nicht der Sturz der Regierung, sondern Eintreten für die Meinungsfreiheit und Abwehr der Schließung des politischen Systems.
- Es wurden verschiedene Aktionsformen kombiniert: Straßengänge, Aufmärsche, Sit-ins, Ansprechen der Verkehrsteilnehmer an Ampeln, Versammlungen in halböffentlichen Räumen wie den Universitäten und dem Stadion von Caracas.
- Massendemonstrationen mit Beteiligung anderer Gruppen wurden kombiniert mit kleinen, überraschenden Mobilisierungen in Einkaufszentren und auf Plätzen.
- Die Anführer bemühten sich um friedliches Auftreten, hatten damit jedoch nicht immer Erfolg.
- Die Aufmärsche und Demonstrationen richteten sich nicht nur an die öffentliche Meinung, sondern auch an spezifische Einrichtungen wie den Regierungskanal VTV, die Generalstaatsanwaltschaft, den Ombudsmann, die Nationalversammlung, das Oberste Gericht, das Bildungsministerium und den Sitz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Caracas.
- Es wurde versucht, die “Territorialisierung” der Städte in regierungsnahe und oppositionelle Räume zu durchbrechen, indem man Protestaktionen in Gebiete verlegte, die traditionell von Regierungsanhängern kontrolliert werden. Diese Absicht wurde sowohl von militanten Regierungsanhängern als auch von den Gemeindebehörden durchkreuzt, die dafür die Genehmigung verweigerten.

- Die Mobilisierung hatte eine große Reichweite, die sich auf die bevölkerungsstärksten Länder erstreckte: Zulia, Táchira, Bolívar, Carabobo, Anzoátegui, aber auch Mérida, Barinas und Nueva Esparta.
- Die Mobilisierung brachte die Regierung dazu, ihre eigenen Jugend- und Studentenführer zu fördern, die bis dahin kaum in Erscheinung getreten waren.
- Man bemühte sich darum, die Vorlesungen durch die Mobilisierung nicht zu unterbrechen; das führte zu einem tiefen Widerspruch zwischen Mobilisierung und Kontinuität der Vorlesungen.
- Zwar wurde das Ziel einer Rücknahme der Schließung von RCTV durch die Regierung nicht erreicht, aber die politischen Kosten der Maßnahme stiegen, wie die Umfragen zeigten und die Niederlage der Regierung im Referendum über die Verfassungsreform bestätigte.
- Das wichtigste Ergebnis der Mobilisierung war jedoch die Tatsache, dass mit den Studentenführern eine neue gesellschaftspolitische Führungselite auf die Bühne trat. Ihre Präsenz in der öffentlichen Meinung schien die Erwartung breiter Schichten zu erfüllen, die angesichts des Scheiterns der traditionellen Eliten und des polarisierten Diskurses frustriert waren.
- Abschließend ist zu bemerken, dass die Teilnahme gesellschaftlicher Akteure an der Politik nicht ganz zufriedenstellend gelöst wurde, denn einige der Studentenführer haben sich Oppositionsparteien angeschlossen, während andere es vorzogen, unabhängig zu bleiben, ohne sich allerdings der aktiven Teilnahme zu verweigern, einschließlich Kandidaturen bei den Regionalwahlen 2008, in denen sich manche von ihnen durchsetzen konnten. Die Mobilisierung zeigte aber, dass der Kampf um Bürgerrechte kaum vom allgemeinen politischen Streit zu trennen ist, vor allem in einer Phase des Kampfes um Hegemonie zwischen gesellschaftlichen Akteuren mit entgegengesetzten Visionen. Trotz ihrer anfänglichen Ablehnung der Politik und der Polarisierung hat sich die Bewegung dem Charakter eines politischen Akteurs angenähert.

7. Schlussbetrachtung

Am Beginn dieser Betrachtung habe ich die These aufgestellt, dass die Grenzen zwischen der Zivilgesellschaft und dem politischen System sich so stark verwischt haben, dass es schwierig erscheint, sie wiederaufzubauen. Dieser Wandel berührt auch die Akteure, die sich zwischen beiden Feldern bewegen, denn ihr Selbstverständnis steht auf dem Spiel, wenn sich die

Maßstäbe ihrer Beziehungen zur Basis, zu anderen Akteuren und zu den Institutionen ändern. Wenn man in das Spiel um Politik und Macht eingreift, wird die Frage nach der Repräsentativität zum ersten Hindernis: Wen repräsentieren sie denn? In wessen Namen wollen sie gehört werden? Wenn der Akteur sich nicht darauf einlässt, die traditionellen Muster der politischen Organisationen zu übernehmen, muss er kreative Lösungen anbieten, die es ihm erlauben, sein Selbstverständnis beizubehalten und sich gleichzeitig zu legitimieren als ausgestattet mit denselben Rechten wie die bereits im Terrain agierenden Akteure.

Gestützt auf die Typologie der “übernommenen Repräsentation” von Gurza/Houtzager/Castello habe ich die Art und Weise untersucht, in der die verschiedensten Organisationen die Grauzone zwischen Gesellschaft und Politik besetzt haben, ohne auf vorhandene Modelle zurückgreifen zu können, weil die gesellschaftspolitische Dynamik teilweise völlig neu ist. Die beschriebenen Fälle sind nur eine Auswahl der vielfältigen Wege, die die Wanderer auf diesem Gebiet ohne Landkarten und Kompass beschritten haben.

Drei deutliche Tendenzen haben die Verflechtung zwischen Zivilgesellschaft und Politik vorangetrieben. Erstens der über Venezuela hinausgehende Verlust an Legitimität der traditionell als politisch eingestuften Akteure, nämlich der landesweit organisierten Programmparteien, die ihr Monopol im politischen Entscheidungsprozess verloren haben. Die Parteiorganisation ist zu stark den Institutionen und Verfahren der Gesellschaften des 19. und 20. Jahrhunderts verhaftet und hat die gesellschaftliche Dynamik verpasst, die über Konsens- und Koalitionsbildung hinausgeht, die Zeit für langfristige Programme verkürzt und ständig neue Konflikte und Selbstverständnisse produziert. Angesichts der Grenzen der Parteien ist es einigen politischen Systemen weitgehend gelungen, Kanäle für die Ergänzung der bestehenden Institutionen zu öffnen, während andere immer noch nach Lösungen suchen, ohne den Trend zur Entstrukturierung und zum Bruch der Bindung zwischen Bürger und Repräsentanten aufhalten zu können. Hier dringen Gruppen und Organisationen ein, die sich früher als Sekundärakteure in klar begrenzten Bereichen verstanden, sich aber genötigt oder ermutigt sahen, an die Stelle derjenigen zu treten, die sie nicht anhören wollten. Selbstverständlich ist dieses Vordringen nicht frei von Risiken wie der Selbstgefälligkeit und Naivität, die zu schlimmen Niederlagen führen, oder der Intoleranz und des Sektierertums, die aufsteigende Akteure kennzeichnen. Das größte Risiko mag der Schritt von der direkten zur delegierten Teilnahme sein, d.h. sich als

Vertretung breiter Bürgerinteressen darzustellen, ohne dafür ein klares Mandat zu haben.

Zweitens wurde die Grenze zwischen Gesellschaft und Politik vor allem durch die langfristige Strategie der Chávez-Regierung verwischt, eine Ersatz-Zivilgesellschaft mit allen formalen Merkmalen zu schaffen, die sich jedoch dem hegemonialen Anspruch der Regierung unterwirft. Die diskursive Herabsetzung und Diffamierung der bestehenden Organisationen schaffen im Verbund mit der finanziellen, institutionellen, publizistischen und sogar zwangsmäßigen Förderung der neuen, unterwürfigen Akteure ein Netz, das sich um konkrete Belange kümmert, Stimmen für den Führer sichert, Wohltaten verteilt, aber auch unter Vorgabe der Interessenvertretung als Transmissionsriemen des Staates funktioniert und mit dessen politischen, bürokratischen und militärischen Eliten identisch ist. Statt von unten nach oben aufgebaut zu sein, geht es hier um eine von oben diktierte Ordnung, die die gesamte Gesellschaft erfassen soll, also nicht um eine Verbindung zwischen Gesellschaft und Politik, sondern zwischen Gesellschaft und Staat unter Vorrang des Letzteren. Sollte das gelingen, wird Politik im Sinne von Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Positionen überflüssig, weil Projekte oder Gruppen außerhalb des monopolistischen Projekts "Revolution" oder gar in Gegnerschaft zu diesem unmöglich werden.

Drittens hat der Fortschritt des monopolartigen Projekts die Verknüpfung von Politik und Gesellschaft befördert. Angesichts der Existenzkrise der großen Parteien und – in geringerem Ausmaß – der Sozialpartner, die das alte gesellschaftspolitische Modell gesteuert hatten, und der subjektiv empfundenen Bedrohung der als angestammtes Recht angesehenen Lebensweisen nahmen Bürger, die sich früher um nichts gekümmert hatten, nunmehr an allen möglichen Aktionen teil. So bildet sich langsam ein vor allem defensives oder im ursprünglichen Sinn "reaktionäres" Selbstverständnis heraus, das jedoch Abwehr und Kritik in konstruktive Vorschläge zu verwandeln imstande ist.

Solche Entwicklungen sind nicht auf Venezuela beschränkt, aber hier besonders intensiv und möglicherweise unumkehrbar, denn es steht für alle – Gefolgschaft, Gegner und Neutrale – das friedliche, demokratisch legitimierte Zusammenleben auf dem Spiel. Die Rhetorik der Durchsetzung eines Projekts ohne Wenn und Aber kennt keinen Spielraum für Verhandlung, Dialog und regelgesteuerten Wettstreit um die Macht, sondern nur radikale Konfrontation: Kein Platz für Politik, sondern Krieg.

Literaturverzeichnis

- Aiquel, Pablo (2001): "Los círculos bolivarianos sustituirán a las asociaciones de vecinos". In: *El Nacional* (21.10.2001). Caracas.
- Alonso, Juan F. (2003): "Súmate participará en el plan para recolectar las nuevas rúbricas". In: *El Universal.com* (13.09.2003). Caracas.
- (2004): "Machado fue imputada por conspiración". In: *El Universal.com* (11.06.2004). Caracas.
- Álvarez, Irma (2004): "Súmate es un disfraz de asociación civil". In: *El Universal.com* (22.02.2004). Caracas.
- Arbós, Xavier/Giner, Salvador (1993): *La gobernabilidad. Ciudadanía y democracia en la encrucijada mundial*. Madrid.
- Arditi, Benjamín (2004): "Trayectoria y potencial político de la idea de sociedad civil". In: *Revista Mexicana de Sociología*, 66, 1, S. 1-21.
- Arenas, Nelly (2005): "¿Languiende el corporativismo? De Fedecámaras a los nuevos actores empresariales en Venezuela". In: CENDES: *Venezuela visión plural: una mirada desde el CENDES*. Caracas, S. 346-371.
- Arenas, Nelly/Gómez Calcaño, Luis (2004): "Los círculos bolivarianos: el mito de la unidad del pueblo". In: *Revista Venezolana de Ciencia Política*, 25, S. 5-37.
- Asamblea Nacional de la República Bolivariana de Venezuela (2006): "Noticias". In: <www.asambleanacional.gov.ve/ns2/noticias.asp?num=9413> (29.07.2007).
- Bastidas, Gloria (2007): "El despertar de los estudiantes le da miedo al gobierno". In: *El Nacional* (03.06.2007). Caracas, NACION/4.
- Bigio, Victoria (2005): "Organizaciones y movimientos juveniles en Caracas: estudio de caso en Venezuela". In: *Revista Electrónica Latinoamericana de Estudios sobre Juventud*, 1, 2, S. 240-286.
- Blaney, David/Pasha, Mustapha Kamal (1993): "Civil Society and Democracy in the Third World; Ambiguities and Historical Possibilities". In: *Studies in Comparative International Development*. 28, 1, S. 3-24.
- Botía, Alejandro (2004): "Culmina activación de comandos Maisanta". In: *Últimas Noticias* (02.07.2004). Caracas, S. 12.
- Cárquez, Celina/Mayorca, Javier Ignacio (2007): "Universitarios protestaron frente a VTV". In: *El Nacional* (26.05.2007). Caracas, NACION/5.
- Carrillo, José Luis (2004): "El comando Maisanta no se desvela por la pregunta". In: *Últimas Noticias* (12.06.2004). Caracas, S. 10.
- (2006): "Chávez: No habrá nueva concesión para Rctv". In: *Últimas Noticias* (29.12.2006). Caracas, S. 12.
- Castillo, Vivian (2007): "Las manifestaciones estudiantiles no se van de vacaciones". In: *El Universal.com* (04.07.2007). Caracas, S. 25.
- Chalmers, Douglas (2001): "Vínculos de la sociedad civil con la política". In: *Nueva Sociedad*, 171, S. 60-87.
- Chávez, Hugo (2004a): "Programa No. 207 Aló Presidente. Desde la refinería de Puerto la Cruz, estado Anzoátegui. Domingo, 10 de octubre de 2004". In: <www.gobiernoenlinea.gob.ve/docMgr/sharedfiles/Alo_Presidente_207.pdf> (29.06.2006).

- (2004b): “Discurso del Presidente Chávez en el Estado Vargas, 28 de octubre del 2004”. In: www.gobiernoenlinea.gob.ve/docMgr/sharedfiles/Discurso_Presidente_Vargas_28oct2004.pdf (29.06.2006).
- Cohen, Jean L. (2003): “Sociedade Civil e Globalização: Repensando Categorias”. In: *DA-DOS – Revista de Ciências Sociais*. Rio de Janeiro, 46, 3, S. 419-459.
- Cohen, Jean L./Arato, Andrew (1992): *Civil Society and Political Theory*. Cambridge/London.
- “Declaración de Súmate” (2005). In: *El Universal.com* (15.07.2005). Caracas.
- De Vincenzo, Teresa (2004a): “300 mil constancias entregó Súmate”. In: *El Universal.com* (15.02.2004). Caracas.
- (2004b): “Operación remate ensaya reparos”. In: *El Universal.com* (08.05.2004). Caracas.
- Díaz, Luis Carlos (2006): “1,6 millones de jóvenes no votarán el 3 de diciembre”. In: *El Nacional* (24.11.2006). Caracas, S. A/2.
- “Fiscalía imputó a Leonardo Carvajal” (2004). In: *El Universal.com* (29.06.2004). Caracas.
- Frente Francisco de Miranda. “Estructura”. In: www.frentefranciscodemiranda.org.ve/estructura.htm26 (29.06.2006).
- García Guadilla, María Pilar (2002): “Actores, organizaciones y movimientos sociales en la Venezuela del 2000: logros, problemas y desafíos”. In: Ramos Rollón, Marisa (Hrsg.): *Venezuela: rupturas y continuidades del sistema político (1999-2001)*. Salamanca, S. 247-273.
- (2003): “Politización y polarización de la sociedad civil venezolana: Las dos caras frente a la democracia”. XXIV International Congress of the Latin American Studies Association. Dallas, 27.-29. März.
- García Guadilla, María Pilar/Roa, Ernesto (1998): “La red de organizaciones sociales liberales y la democracia en Venezuela: potencialidades y limitaciones”. In: *Cuadernos del CENDES*. 14, 35, Segunda época, S. 55-80.
- Gellner, Ernest (1996): *Condiciones de la libertad. La sociedad civil y sus rivales*. Madrid.
- Gómez Calcaño, Luis (1995): “Crisis de legitimidad e inestabilidad política en Venezuela”. In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 2-3, S. 103-164.
- González de Pacheco, Rosa Amelia (2002): *Las organizaciones de ciudadanos y la política en Venezuela*. Maracaibo, jornadas de la sección Venezuela de LASA.
- (2003): “Las organizaciones de ciudadanos en Venezuela: ¿ser o no ser actores políticos?” Vortrag auf dem XXIV Kongress der Latin American Studies Association (LASA). Dallas, Texas, 27.-29. März.
- Grupo Roraima (1987): *Más y mejor democracia*. Caracas.
- Gurza, Adrián/Houtzager, Peter/Castello, Graziella (2005): In *Whose Name? Political Representation and Civil Organisations in Brazil*. Brighton.
- Hawkins, Kirk/Hansen, David (2006): “Dependent Civil Society”. In: *Latin American Research Review*, 41, 1, S. 102-132.
- Hernández, Taynem (2003): “MVR solicitará a FGR que investigue fuentes de financiamiento de Súmate”. In: *El Universal.com* (19.08.2003). Caracas.
- Iranzo, Consuelo/Richter, Jacqueline (2007): *Acción del sindicalismo frente al estado en la transición (1989-2006) IIº informe (2005-2006)*. Caracas.

- Janicke, Kiraz (2005): "Political Youth Organizations Reflect Different Ideas and Currents of Thought". 13.11.2005. In: <www.vheadline.com/readnews.asp?id=46894> (29.11.2010).
- Lander, Edgardo (1995): "Movimientos sociales urbanos, sociedad civil y nuevas formas de ciudadanía en Venezuela". In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 2-3, S. 165-187.
- Manin, Bernard (1998): *Los principios del gobierno representativo*. Madrid.
- Martínez, Eugenio (2003): "Súmate prepara firmazo alternativo". In: *El Universal.com* (04.07.2003). Caracas.
- (2005): "Crearán congreso federal de asociaciones ciudadanas". In: *El Universal.com* (24.07.2005). Caracas.
- Medina, Oscar (2005): "Instarán a TSJ a cambiar autoridades electorales". In: *El Universal.com* (13.03.2005). Caracas.
- Méndez, Gustavo (2004): "Es necesario un bloque social de contrapeso al político". In: *El Universal.com* (15.09.2004). Caracas.
- Morillo, Morelia (2002): "Firmas pasarán por tres auditorías". In: *El Nacional*. Edición Digital (03.11.2002). Caracas.
- Palacios, Marianela (2004): "Coordinadora democrática redefine su estrategia política". In: *El Nacional*. Caracas, Edición Digital, 13.09.2004, S. A/4.
- Rojas, Alfredo (2003): "Rangel solicita a fiscalía investigación penal por firmazo". In: *El Universal.com* (04.09.2003). Caracas.
- Salamanca, Luis (2003): "La sociedad civil venezolana en dos tiempos: 1972-2002". In: *Politeia*, 30, S. 119-156.
- "Súmate" (2004a): "Pronunciamiento Oficial de la Asociación Civil Súmate sobre el Referendo Revocatorio Presidencial" (23.08.2004). In: <www.sumate.org/notap17.asp> (29.06.2006).
- (2004b): "¿Esto es una conspiración?". In: <www.sumate.org/documentos/Is%20This%20a%20Conspiracy.pdf> (29.06.2006).
- "Súmate convoca al Encuentro Nacional de Organizaciones Ciudadanas" (2005). In: *El Universal.com* (19.07.2005). Caracas.
- Taylor, Charles (2004): *Modern Social Imaginaries*. Durham/London.
- Uribe, Gabriela/Lander, Edgardo (1988): "Acción social, efectividad simbólica y nuevos ámbitos de lo político en Venezuela". In: Calderón, Fernando (Hrsg.): *Imágenes desconocidas. La modernidad en la encrucijada postmoderna*. Buenos Aires, S. 205-224.
- Vilas, Carlos M. (1994): "La hora de la sociedad civil". In: *Análisis Político*, 21, S. 5-14.